

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

Wende in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1984) : Wende in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 64, Iss. 8, pp. 362-363

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135944>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Wende in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen?

Wenn Bonn und Ostberlin trotz der seit einigen Jahren allgemeinen Verschlechterung des politischen Klimas zwischen Ost und West aufeinander zugehen und sich auch nach dem Nachrüstungsbeschluß um Zusammenarbeit bemühen – dabei ist die Wirtschaft einschließlich der Kreditgeschäfte nur ein Teilbereich –, dann geschieht dies in der Absicht, einen Beitrag zur Entspannung in Europa zu leisten und die Stabilität an der Nahtstelle zwischen den Blöcken sichern zu helfen.

Beinahe eineinhalb Jahrzehnte hatte insbesondere die Sowjetunion den zum beiderseitigen wirtschaftlichen Vorteil aufzubauenden Wirtschaftsbeziehungen einen besonderen entspannungspolitischen Wert beigemessen. Zuletzt hatte dieses Argument für die sowjetische Seite große Bedeutung, um die sicherheits- und friedensbewußten westeuropäischen Handelspartner gegen die amerikanische Einflußnahme in Richtung einer Reduzierung des Wirtschaftsverkehrs mit dem Osten, insbesondere mit der Sowjetunion, zu mobilisieren. In den westeuropäischen Ländern gingen weite Kreise aus Wirtschaft und Politik ebenfalls von positiven Effekten der Wirtschafts- auf die Gesamtbeziehungen aus, zumindest wurde diese Wirkung nicht ausgeschlossen. Entsprechend sehen die westeuropäischen Regierungen und Unternehmen bis heute keine Veranlassung, nicht die wirtschaftlichen Vorteile im Ostgeschäft zu realisieren – allerdings hat sich dabei hinsichtlich des Technologietransfers inzwischen eine erhöhte Sensibilität eingestellt.

Vor diesem Hintergrund kann es nur Staunen und Verunsicherung auslösen, wenn seit geraumer Zeit schon die intensivierten Bemühungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland von Vertretern der Sowjetunion, aber auch anderer RGW-Länder, mit zunehmendem Mißtrauen verfolgt werden und der neue deutsch-deutsche Großkredit in Höhe von 950 Mill. DM in der Sowjetpresse gar als Instrument zur Unterhöhlung der sozialistischen Ordnung in der DDR eingestuft wird. Parteioffiziell werden sowohl die Bonner Regierung als auch die Staats- und Parteiführung der DDR ziemlich unverblümt öffentlich getadelt; der Bundesrepublik wird sogar Revanchismus vorgeworfen. Ist nach sowjetischem Verständnis aus dem Entspannungsinstrument Handel nun ein Mittel gegen die Entspannung geworden?

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Gründe für die Kehrtwendung hinsichtlich der Bewertung der Wirtschaftsbeziehungen – zumindest soweit es sich um die Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik handelt – nicht in diesen Wirtschaftsbeziehungen selbst liegen, sondern daß sie einem anderen Ziel dient. Diese Vermutung wird nicht zuletzt dadurch unterstützt, daß in der „Iswestija“ parallel zur Kritik in der „Prawda“ der Ost-West-Handel als ausbaufähig erklärt wird.

Durch die jüngsten Vorgänge ist es wieder einmal unmißverständlich klar geworden, daß in den Außenbeziehungen der UdSSR die Politik das Primat hat. Das heißt, hält die Sowjetführung bestimmte außenpolitische Aktionen für zweckmäßig, ist es bedeutungslos, wenn durch diese z. B. technologische Vorteile aus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem wichtigsten Partner im Westen und dem wichtigsten Partner unter den sozialistischen Ländern gefährdet werden.

Daß die Sowjetunion gerade die Bundesrepublik zum Gegenstand ihrer Pressekampagne gemacht hat, könnte Anhaltspunkte für die eigentlichen Ursachen dieser Politik liefern. So wie

die nach 1945 entstandenen Rahmenbedingungen nun einmal sind, läßt sich die Bundesrepublik am ehesten zur gleichzeitigen Verfolgung mehrerer Ziele verwenden. So kann das Gespenst vom deutschen Revanchismus die in mehrfacher Hinsicht selbstbewußter gewordenen sozialistischen Länder Osteuropas möglicherweise wieder näher zusammenbringen. Zum anderen läßt sich an der der Bundesrepublik unterstellten Politik dem Sowjetbürger am ehesten klarmachen, daß er auf eine deutliche Erhöhung seines Konsumniveaus vorerst noch verzichten muß, da man die vorhandenen knappen Mittel für mehr Sicherheit einzusetzen gezwungen ist.

Daß sich die Sowjetunion zur Lösung bzw. Eindämmung dieser beiden Probleme aktiv zu werden genötigt sieht, überrascht den Beobachter nicht. Bestürzung stellt sich allerdings hinsichtlich der Wahl des Mittels ein. Ein tragender Pfeiler der Ost-West-Beziehungen droht ins Wanken zu geraten. Direkt sind gegenwärtig zwar nur die Bundesrepublik und die DDR angesprochen bzw. gewarnt, doch könnten sich auch die anderen westeuropäischen Länder fragen, wann ihre ostwirtschaftlichen Aktivitäten von seiten der Sowjetunion nicht mehr als Teil der Entspannungspolitik gewürdigt, sondern als Mittel zur Aushöhlung sozialistischer Ordnungen interpretiert werden. Und auch die kleineren RGW-Staaten werden sich wohl überlegen, ob sie durch ihre Westhandelsbeziehungen möglicherweise nicht den Unwillen Moskaus auf sich lenken und damit ihre über viele Jahre hinweg gegenüber der Sowjetunion mühevoll geschaffenen Freiräume gefährden.

Erinnert man sich, daß in den veröffentlichten Erklärungen des kürzlich abgehaltenen RGW-Gipfels den Westwirtschaftsbeziehungen eine nicht eben zentrale Bedeutung beigegeben wird, verstärkt sich der Eindruck eines vor allem durch Moskau angebahnten Wandels in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, um alle RGW-Länder auf eine wieder geschlosseneren Linie zu bringen – wie sinngemäß kürzlich von einem Vertreter eines RGW-Landes mit Blick auf die deutsch-deutschen Beziehungen formuliert wurde.

Im Interesse der Entspannung zwischen Ost und West und der Friedenssicherung wäre zu wünschen, daß sich die schrillen Töne aus Moskau verflüchtigen, bevor im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen größerer Schaden entsteht. Der Warenaustausch zwischen Ost und West darf nicht auf ein so niedriges Niveau absinken, daß er zu einer quantité négligeable wird, weil damit auch die entspannungsfördernden Effekte dahinschwänden. Trotz der Unterstellungen aus Moskau sollte die Bundesrepublik von der Intensivierung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zu allen sozialistischen Ländern nicht ablassen, um das Gewicht der gegenseitigen – im positiven Sinne verstandenen – Abhängigkeiten noch zu heben – ganz im Geiste der Schlußakte von Helsinki. Aber auch die RGW-Länder sollten sich ohne Ausnahme vergegenwärtigen, daß es zur Entspannungspolitik in Europa – wie immer diese im einzelnen geartet ist – keine Alternative gibt und daß auch in den 80er Jahren der wirtschaftliche Austausch ein Mittel dieser Politik sein könnte. Besonders angesprochen fühlen sollte sich Polen, dessen wirtschaftliche Probleme ohne wirtschaftliches Entgegenkommen der westlichen Länder noch größer wären und das sich in den 70er Jahren um die Entspannung zwischen Ost und West besonders verdient gemacht hat.

Wenn der Milliardenkredit von 1983 an die DDR eine ökonomische und politische Stabilisierungsfunktion für die DDR-Wirtschaft bzw. im deutsch-deutschen Verhältnis haben sollte, war es nur logisch, daß sich die Verhandlungspartner bereits zum Zeitpunkt seiner Vergabe im Prinzip einig waren, künftige Kreditvereinbarungen zu treffen. Mit dem 950-Mill.-DM-Kredit ist der zweite Schritt nun erwartungsgemäß erfolgt. Bei aller grundsätzlich gebotenen politischen Rücksichtnahme der Bundesrepublik und der DDR auf ihre Partner sollten beide deutsche Staaten nichts unversucht lassen, um durch die Fortsetzung des Dialogs auch auf ökonomischem Gebiet dem Entspannungsprozeß in Europa zu dienen. Wenn sich der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Tichonow kürzlich gegen eine wirtschaftliche Abgeschlossenheit der sozialistischen Länder ausgesprochen hat und hierbei die wirtschaftlichen und politischen Vorteile dieser Beziehungen für alle beteiligten Länder beider Lager vor Augen hatte, dann kann er bei diesem Statement die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen doch wohl nicht ausgeklammert haben?!